



Präsident Allende

Am 4. September 1970 siegte in Chile die Unidad Popular. Salvador Allende wurde Präsident. Eine sozialistische Revolution begann. Das Volk jubelte. Die Reaktion jedoch schlief nicht. **Seite 2**



Heißer Abschied aus Kuwait

Botschafter a. D. Kurt Merkel erinnert sich daran, dass die DDR vor 20 Jahren – zu Hause war sie fast schon Geschichte – im Wüstensand Kuwaits noch einmal staatstragend wurde. **Seite 3**

Unser Wochenendangebot

Porträt: Eva W. – akademisch, alleinerziehend, arbeitslos **Seite 19**
Geschichte: Vereinigung, Anschluss? Das ist die Frage **Seite 22**
Dokumentiert: Sozialreport der Volkssolidarität **Seite 24**
Reportage: »Grüne Kohle« aus Sachsen **Seite 25**

Karstadt darf den Neuanfang wagen

Gute Nachricht für 25 000 Beschäftigte: Amtsgericht Essen stimmt dem Insolvenzplan und der Übernahme durch den Investor Berggruen zu

Der Weg für eine Rettung der insolventen Warenhauskette Karstadt ist endgültig frei. Nach langem Ringen kann Investor Berggruen den Warenhauskonzern übernehmen.

Essen (dpa/ND). Es war eine erlösende Nachricht für die rund 25 000 Karstadt-Beschäftigten: Der Kaufvertrag mit Investor Nicolas Berggruen kann in Kraft treten, weil der deutsch-amerikanische Finanzier nach monatelangem Ringen nun die Zugeständnisse bei den Mieten bekommt, die er zur Bedingung für seinen Einstieg gemacht hatte. Karstadt-Vermieter Highstreet erhielt von seinen Gläubigern bereits am Donnerstag grünes Licht für eine Einigung. Bis zum Freitagmorgen fehlten aber immer noch einige Unterschriften. Am Vormittag war dann alles unter Dach und Fach, und wenige Stunden später nahm das Essener Amtsgericht den Insolvenzplan an.

Berggruen, die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane, Insolvenzverwalter Klaus Hubert Görg und Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) verkündeten die Karstadt-Rettung in einer Filiale am Berliner Kurfürstendamm. »Karstadt wird jetzt, glaube ich, ein sehr aufregendes Leben haben«, sagte Berggruen. »Ich bin irrsinnig glücklich, dass ich dabei bin.« Gewerkschafterin Mönig-Raane sprach von »großer Erleichterung«. Görg dankte den Mitarbeitern, Kunden und Lieferanten für ihre Unterstützung während der Insolvenz. Die Ministerin sprach von einem »Tag der Freunde«. Die Bundesregie-



Etwa ein Jahr lang standen für Karstadt die Signale auf Rot. Jetzt ist der Neuanfang aus der Insolvenz in Sack und Tüten.

Die Warenhauskette erhält mit seinem Einstieg anders als das frühere Schwesterunternehmen Quelle eine neue Chance. Dem Versandhändler blieb vor fast einem Jahr nach gescheiterten Rettungsversuchen nur die Schließung. Investor Berggruen hatte den Kaufvertrag bereits Anfang Juni unter Vorbehalt unterschrieben, nach-

dem er als Sieger aus einem Bieterverfahren hervorgegangen war. Die Einigung mit dem Vermieter Highstreet zog sich jedoch über Monate hin. Der 49-jährige Milliardär, Sohn des legendären Kunstsammlers Heinz Berggruen, will die rund 25 000 Arbeitsplätze und alle 120 Filialen erhalten sowie 70 Millionen Euro eigenes Kapital in-

vestieren. Dabei profitiert Berggruen vom »Sanierungsbeitrag« der Beschäftigten in Höhe von 150 Millionen Euro, verteilt auf drei Jahre, zum Beispiel durch Abstriche bei Sonderzahlungen. Karstadt soll jünger und modischer werden. Berggruen, der selbst keine Erfahrung im Einzelhandelsbereich hat, plant eine Zusammenarbeit mit



Foto: dpa

dem kalifornischen Designer Max Azria. Das Sortiment soll stärker auf Trendartikel in den Bereichen Mode, Wohnen, Kosmetik und Schmuck zugeschnitten werden. Investiert werden soll auch in die »Modernisierung des Ambientes« der Warenhäuser. »Und zwar nicht nur in Leuchtturmprojekte wie früher«, betonte der amtierende Karstadt-Chef Thomas Fox.

Auch mit dem Einstieg von Berggruen steht Karstadt nach Einschätzung einiger Branchenkenner eine schwierige Zukunft bevor. Das Kaufhaus-Konzept für Innenstädte gilt ihnen als überholt, für die gesamte Warenhaus-Branche rechnen Experten in den kommenden Jahren allenfalls mit einer Stagnation. Entscheidend dürften daher Berggruens Maßnahmen zur Neuausrichtung der Kette sein. Sollten diese nicht greifen, halten Beobachter längerfristig eine Zerschlagung von Karstadt und die Verschmelzung der profitablen Häuser mit der Warenhaus-Tochter Kauffhof des Handelskonzerns Metro für noch nicht ganz ausgeschlossen.

Im Karstadt-Stammhaus in Wismar, wo das Unternehmen im Jahr 1908 vom Kaufmann Rudolph Karstadt gegründet worden war, herrschte am Freitag Erleichterung: »Wir haben lange gehofft und gebangt. Nun sind wir einfach froh und erleichtert, dass es weitergeht«, sagte Betriebsratschefin Viola Hopp. Bürgermeister Thomas Beyer betonte: »Das Karstadt-Warenhaus ist aus unserer Altstadt nicht wegzudenken.«

Kommentar Seite 4

Unten links

Die **heile Welt** des Thilo Sarrazin. Es graut einem vor ihr. Fein aufgeräumt, gesäubert von allem Fremdem, Anstößigem, Ungewohntem. Exotische Düfte und Klänge sind verboten in seinem Deutschland. Es hat zu sein im höchsten Grade steril. Ist der Mann schon senil? Lärm, Vielfalt, Gewimmel, Trubel, täglich neue Entdeckungen und Erfahrungen mit Anderem und Anderen – davor graut's ihm. Warum wandert er nicht aus, auf eine einsame Insel? Wir bleiben zu Haus. Wir machen nicht mit beim großen Kehraus. Obwohl – wenn man es recht bedenkt und die Sache umlenkt? Es gab einmal, in revolutionären Zeiten, eine Karikatur, die zeigte Lenin, auf einem Erdball stehend, den Besen schwingend, Großgrundbesitzer, Fabrikanten, Aktionäre und Militärs vom Planeten fegend. Sie rappelten sich indes bald wieder auf. Und dass es so eh nicht geht, steht in jedem Geschichtsbuch. Aber mit einem großen Besen alle Sarrazine vom Planeten hinwegzufegen, seid's gewesen, das wäre fein. **ves**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940



Parteien entdecken die Integrationspolitik

Gipfel bis Ende des Jahres angekündigt

Nach dem angekündigten Rauswurf Thilo Sarrazins bei der Bundesbank werden Rufe nach einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Integrationsproblemen laut.

Berlin (Agenturen/ND). Der Streit um die Thesen von Noch-Bundesbanker Thilo Sarrazin (SPD) hat eine neue Integrationsdebatte ausgelöst. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte der türkischen Zeitung »Hürriyet«, Integration sei eines der wichtigsten Themen unserer Zeit. Nach einem Bericht der »Saarbrücker Zeitung« soll noch in diesem Jahr der erste Integrationsgipfel unter Federführung der schwarz-gelben Bundesregierung stattfinden.

Merkel machte den Türken gegenüber deutlich, dass sie Sarrazins Thesen ablehnt. Dessen Argument, Deutschland werde durch türkische und andere muslimische Einwanderer dümmert, sei »Unsinn«, erklärte sie. Es müsse aber in der Integrationspolitik noch mehr getan werden als bisher. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte der »Saarbrücker Zeitung«, nach der beschlossenen Abberufung Sarrazins als Bundesbankvorstandsmitglied sei es jetzt an der Zeit, »dass wir uns dem eigentlichen Thema widmen«. Die Integration der hier lebenden Migranten sei einer der wichtigsten Herausforderungen.

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles verteidigte derweil das Parteiausschlussverfahren. Sarrazin habe eine Grenze überschritten, schrieb Nahles laut Presseberichten in einem Brief an alle SPD-Mitglieder. Der angestrebte Rauswurf sei aber »keine Absage an eine intensive Debatte über Integrationspolitik«. In diesem Punkt gebe die SPD Sarrazin recht: »Es liegt noch vieles im Argen.« So gebe es noch immer teils erhebliche Bildungs- und Sprachdefizite bei jungen Migranten.

Über den Antrag des Bundesbankvorstandes, Sarrazin abzuberufen, muss Bundespräsident

Strafanzeige gegen Sarrazin **Seite 5** +++ Ein Denkmodell und die Sozialpolitik **Seite 21** +++ An den Genen liegt es nicht **Seite 23**

Christian Wulff entscheiden. Der verlangt unterdessen eine Stellungnahme der Bundesregierung. Wulff warnte vor Verallgemeinerungen, die auf kulturelle, religiöse oder ethnische Gruppen abzielten. »Sie richten sogar großen Schaden an«, sagte der Bundespräsident. Es sei besser, einander zunächst näher kennenzulernen. Er bedauerte, dass die große Vielfalt unter den Muslimen in vielen Diskussionen keine Rolle spiele.

Gastkolumne

Körnchen und Brocken

Von Gesine Löttsch



Die 49-jährige Bundestagsabgeordnete ist seit Mai 2010 Parteivorsitzende der LINKEN.

ND-Foto: B. Lange

Arbeitslose ist eine klare Ansage: Kinder aus armen Familien sollen erst gar nicht auf die Welt kommen. So stellt sich die Bundesregierung die Beseitigung der Kinderarmut vor. Die Krisenkosten sollen arbeitslose Schwangere zahlen. Ihnen wird das Einkommen um bis zu 32 Prozent gekürzt.

Die Banker und Spekulanten, die in den Krisenjahren mehr staatliche Transferleistungen erhalten haben als alle Arbeitslosen zusammen, sind aus den Schlagzeilen verschwunden. Sie zahlen keinen Cent aus ihrer eigenen Tasche zur Finanzierung der Krisenkosten. Das ist der eigentliche Skandal, der die Titelseiten füllen müsste.

Für DIE LINKE ist Sarrazin nur eine Sumpflühe. Wir wollen den ganzen Sumpf trocken legen. Im Mittelpunkt unserer Kritik steht deshalb die Bundesregierung. Dabei geht es nicht nur um mehr soziale Gerechtigkeit, sondern auch

um den Erhalt der Demokratie. Die Anzeigenkampagne der Atomlobby zeigt, dass es Kräfte in diesem Land gibt, die jede Achtung vor demokratischen Institutionen verloren haben. Es wird offen gedroht und gezeigt, wer in diesem Land das Sagen hat.

Die Kanzlerin hat ihre Autorität selbst zerstört. Wer den Lobbyisten bisher alle Wünsche von den Augen abgelesen hat, muss sich nicht wundern, dass schon Nachdenklichkeit als Ungehorsam empfunden wird. Die Herren, die die Anzeigenkampagne starteten, haben sie nicht aus der eigenen Tasche bezahlt. Die Kosten werden den Stromkunden in Rechnung gestellt. Man stelle sich vor, arbeitslose Frauen würden solche Anzeigen gegen die Streichung des Elterngeldes schalten – wem sollten sie die Rechnung präsentieren?

Die Demokratie nimmt Schaden, weil die Reichtümer in dieser Gesellschaft immer ungerechter verteilt werden. Die Überbezahlten kaufen sich Kampagnen und Politiker, die Unterbezahlten werden das Ohr der Kanzlerin nie erreichen; es sei denn, sie machen sich mit vielen anderen Menschen auf den Weg, um diese Regierung zu stoppen. DIE LINKE wird diesen Weg mitgehen, für mehr soziale Gerechtigkeit und Demokratie.